

Die  
Posener Zeitung  
erscheint täglich mit Ausnahme  
Montags.  
Bestellungen  
nehmen alle Post-Anstalten des  
In- und Auslandes an.

Das  
Abonnement  
beträgt vierfach für die Stadt  
Posen 1 Rthlr. für ganz Preußen  
1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.  
Insertionsgebühren  
1 sgr. 3 pf. für die viergesparte  
Seite.

# Posener Zeitung.

Nº 10.

Sonnabend den 12. Januar.

1850.

## Inhalt.

Deutschland. Posen (d. Eisenb. nach Breslau); Berlin (Congr. d. conserv.-const. Ver.; d. Bauten in Erfurt; Dänische Politik; d. 15 Wänder; Vorsch. d. Königl. Postkast; d. Aufruf d. Wahlausch. in d. Amtsbl.; Zwiespalt d. Treubunds; d. landwirtschaftl. Vereine; Berggold. d. Seide; Appert); Memel (d. überseeische Handel); Hamburg; Kiel (gewalts. Verschr. d. Landesverw.); Dessau (Beerd. d. Herzogin).  
Österreich. Wien (Truppenmarsche n. Böhmen; Aufstaus; Zustände in Serbien; Überschwemm. in Galizien).  
Frankreich. Paris (Spannung zw. beiden Staatsgew.; Nat.-Vers.; d. Thiersche Rede; L. Nap. zerstellt mit L. Murat; Menterei in Valence.).  
Spanien. Madrid (Zustand d. Kön.; d. Span. Trupp. in Ital.; Kälte).  
Ägypten. Alexandria (Pr. Marianna v. Preußen).  
II. S. 82. S. v. 9ten (Schluß).  
Locales. Posen.  
Theater.  
Anzeigen.

Berlin, den 11. Januar. Se. Maj. der König haben Allergräßt gestattet: Den bisherigen Regierungs-Rath von Schellert zum Polizeipräsidenten der Haupt- und Residenzstadt Breslau zu ernennen.

Se. Durchlaucht der Fürst Karl Egon zu Fürstenberg ist von Rauden, und Se. Durchlaucht der Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, von Schlawenitz hier angekommen.

## Deutschland.

Posen. — In der ersten Kammer hat die Lebensfrage, und das ist sie für unsere Provinz, der Bau einer Eisenbahn von Posen nach Breslau, ebenfalls keine glückliche Erledigung gefunden, denn trotz des Anerkenntnisses der großen Wichtigkeit, in politischer, mercantilistischer und militärischer Hinsicht, ist die Aussicht dazu auf viele Jahre hinausgeschoben. Daß es aber eine Lebensfrage für die deutsche Bevölkerung des Großherzogthums, daß der Bau von Eisenbahnen hier in der Provinz von der größten Wichtigkeit für unser gesammtes Vaterland ist, das scheint man sich durchaus noch nicht in dem Maße klar gemacht zu haben, als die Sache es wohl verdient, wenigstens hat man dabei wie es scheint, den Nagel noch nicht auf den Kopf getroffen, und die politische Wichtigkeit in etwas Anderem gesucht, als sie zu suchen ist.

Durch den Bau von Eisenbahnen allein ist das zu erlangen, wodurch die Regierung seit der Besitznahme des Großherzogthums vergebens gestrebt, dasselbe nämlich dem Staate wirklich einzuerleben.

Der Verkehr nur allein verschmilzt die Nationen. Nur durch das Bekanntwerden der Völker, durch das Verfolgen gleicher Interessen können Pole und Deutscher zu Kindern eines Landes wirklich gemacht werden, nur durch den Verkehr kann die Scheidewand fallen, die hindert im Wege steht.

Diese mächtige Wirkung des belebteren Verkehrs ist es, was man sich bei uns, wo man die Fäden der Entscheidung über unsere Lebensfrage in den Händen hat, wohl nicht recht klar gemacht hat. — Rüste man durch Eisenbahnen und durch die, sich dann fast allein bildenden besseren Communikationswege die Provinz dem Vaterlande näher, leite man dadurch Verkehr, Handel und Industrie in die Provinz, so werden sich, trotz mancher bitterer Erfahrung, immer Deutsche finden, die hier ihr Glück versuchen werden, hauptsächlich aber wird der Pole bald von seiner schroff abgegrenzten Nationalität verlieren. Er wird gezwungen sein, des besseren Verkehrs wegen, deutsch zu lernen, und von seinem starken Polenthum dies um jenes aufzugeben. Er wird, mit einem Worte, sich germanisieren, und was die Hauptaufgabe ist, ohne Zwang von oben wird er ungeahnt das verlieren, was er so oft, wenn auch vergebens, versucht hat, mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. — Er wird aufhören, ein Pole zu sein, dessen Brennpunkt aller Wünsche jetzt nur ist, daß Polen wieder ein selbstständiges Reich werden.

Zum Schluß noch ein eventueller Vorschlag, falls die dem Bau der Bahn entgegenstehenden Hindernisse durchaus nicht zu beseitigen wären. Im allgemeinen sind Palliativ-Mittel nicht zu empfehlen, sie heilen die Krankheit nicht, sie halten den Körper nur aufrecht, damit er einer halbwegs Existenz sich erfreut — und doch möchte hier ein Auskunftsmitteil, was allerdings weiter nichts als ein Palliativ ist, doch von nicht unbedeutenden Nutzen sein, da die Radical-Kur, das wirkliche Heilmittel für die Provinz, noch in nebelgrauer Ferne schlummert.

Eine Eisenbahn nach Breslau ist unter 5 bis 6 Jahren nicht zu erhoffen, und welche Vortheile, in jeder Beziehung, müssen daher einen Todesschlaf schlummern, bis die Stunde der Erlösung gekommen!

Wer war von Euch, Ihr Posener, schon einmal in Linz? wer befürchtet dort die Bahn nach Quedlinburg im Salzburg'schen? von wo in langen Wagenzügen das Salz zur Donau befördert wird. — Nicht die Kraft des Dampfes fährt dort die Frucht schnell dem Stapelplatz zu, nein das Ross, 2 vor einander gespannt, muß hier noch die alte Pflicht erfüllen, die theilweise der Dampf ihm abgenommen. — Es klingt fabelhaft, wenn man hört, daß 2 Pferde dort die Last von 160 Centnern befördern, und zwar im Trabe, so daß die Güterzüge, diese 9 Meilen in 8, die Personenzüge aber in 6 Stunden zurücklegen.

Wie wär's also mit einer Pferdebahn nach Breslau? die direkte Verbindung zwischen Mittelmeer und Ostsee wäre hergestellt, hergestellt mit seinem Wege über Posen.

Freilich müßte das Gleis nicht auf einem neu geschaffenen Planum nach Breslau geführt werden, nein die Regierung müßte genehmigen, daß es auf der einen Seite der Chaussee gelegt werden könnte. — Nur besondere Terrain-Hindernisse, würden hier und da einmal ein Abgehen des Gleises von der Chaussee erforderlich.

Eine derartige Bahn erforderte also nur Schwellen, Schienen, und die Anschaffung der nötigen Wagen. Von 1½ Meilen zu 1½ Meilen würden Stationen befußt Wechsels der Pferde errichtet, so daß die Personenzüge dann, in 9 — 11, die Güterzüge in circa 18

Stunden in Breslau eintreffen könnten. — Von was für einen ungemeinen Vortheil wäre schon eine derartige Bahn für die Provinz, und wie müßte sie sich rentieren, da nur die obengenannten Ausgaben zu bestreiten, das Personal fast nicht nennenswert, die Betriebskosten daher in gar keinem Vergleich mit einer wirklichen Eisenbahn sein würden. Bei der Verwirklichung der Dampf-Eisenbahn, müßte diese dann gehalten sein, die Schienen ic. zu übernehmen, da die Pferdebahn allerdings nur ein reines Provisionum wäre, und ihren Tod durch die Anlegung der wirklichen Bahn fände.

Ein einziger Punkt wäre bei dem ganzen Geschäft freilich wohl zu überlegen. Es fragte sich nämlich, ob durch die Anlegung einer solchen Bahn der Bau der jetzt so sehnlich erhofften, nicht am Ende auf eine ungehörliche Weise, hinausgeschoben werden möchte. — Ob die Regierung nicht am Ende sagte — vorläufig seid ihr abgefunden — nun kommen erst noch die, die, die Bahnen daran? —

Diese Befürchtung müßte erst belegt sein, dann aber frisch an's Werk — sollte es in Posen an unternehmenden Leuten fehlen? — Das Exempel muß leicht gemacht sein, die Dauer der Bahn auf die Dauer der Schwellen berechnet werden. — Die Erfahrung bei der Posen-Stargardter Bahn muß den sichersten Aufschluß geben, was Schienen und Schwellen kosten. — Wir behaupten, die Bahn bis zum Betriebe kann nicht mehr als eine halbe Million kosten, und 60 bis 70,000 Thlr. Einnahme wären keine utopischen Träume.

○ Berlin, den 10. Januar. Am 7. und 8. d. wurde hier der Congreß der Preußischen conservativ-constitutionellen Vereine abgehalten. Sie haben sich fast einstimmig gegen die Annahme des Deutschen Verfassungsentwurfs in Bausch und Bogen ausgesprochen. Aus Anlaß dieser Zusammenkunft, auf welchem die verschiedenen Richtungen der großen conservativen Partei vertreten waren, hat die fraction Arnim-Woikenburg erklärt, daß sie, obwohl in einzelnen materiellen Fragen einer anderen Meinung zugethan, in den eigentlich politischen Fragen und namentlich in Durchführung des Bundesstaates das Ministerium mit Entschiedenheit unterstützen werde. Die für das Erfurter Parlament nötigen Bauten schreiten vor, nachdem der König den Bauplänen seine Genehmigung ertheilt hat. Die nahe bei einander stehenden Gebäude des ehemaligen Augustinerklosters und der Johanniskirche sind für Volkshaus und Staatenhaus einzurichten, so daß also für die ganze Vertretung des Deutschen Bundesstaates gesorgt wäre. Die Einrichtung macht erhebliche Kosten, die wieder von Preußen vorgestreckt werden. Den neuesten Nachrichten zufolge gehen die Bemühungen Dänemarks jetzt hauptsächlich darauf, Holstein und Lauenburg dem Deutschen Volke zu entfremden, ihnen dagegen alle früher verweigerten Concessionen zu machen, welche ihnen die ausgedehnteste Selbstständigkeit sichern würden. Man hat Grund zu vermuten, daß diese gegen Deutschland gerichtete Politik, durch welche dasselbe namentlich an der Nordsee eingeschränkt werden sollte, noch durch die Einflüsse einer Europäischen Großmacht genährt wird. Allein die Preußische Regierung wird wachsam sein und der drohenden Gefahr zu begegnen wissen.

Berlin, den 10. Januar. (Berl. N.) Die Zusammensetzung der in der Allerhöchsten Botschaft vom 7. Januar 1850 vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen der Verfassung vom 5. Dec. 1848 lautet wie folgt:

I. Art. 26 (69) zu streichen\*. II. Art. 33 (36). Das Heer begreift alle Abtheilungen des stehenden Heeres und der Landwehr. Im Falle des Krieges kann der König nach Maßgabe des Gesetzes den Landsturm aufstellen. III. Art. 35 (41) hier zu streichen, und statt dessen in Art. 104 (105) unter Nr. 3 folgenden Zusatz zu machen: Zur Aufrechterhaltung der Ordnung kann nach näherer Bestimmung des Gesetzes durch Gemeinde-Beschluß eine Gemeinde-, Schuls- oder Bürgerwehr errichtet werden. IV. Art. 38 (42). Die Errichtung von Lehren ist untersagt. Die bestehenden Lehren sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigentum umgetaufen werden. Ein Gesetz über die Familien-Fideikommiß wird deren Verwandlung in freies Eigentum erleichtern, und die Bedingungen der Errichtung neuer Familien-Fideikommiß bestimmen. Bis dieses Gesetz erlassen sein wird, dürfen neue Familien-Fideikommiß nicht errichtet werden. V. Zu Art. 42 (46) Den Satz „die Minister des Königs sind verantwortlich“ hier zu streichen und vor Art. 58 (62) folgenden Artikel einzuschalten: Die Minister sind dem Könige und dem Lande (Art. 59) verantwortlich. VI. Art. 49 (53). Der König beruft die Kammer und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder zugleich oder auch nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung die Kammer versammelt werden. VII. Zu Art. 60 (64) folgenden Zusatz zu machen: Finanz-Gesetze-Gutwürfe werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt. VIII. Art. 62 und 63 (67). Die erste Kammer besteht: a) aus den großjährigen Königlichen Prinzen, insoweit der König sie auffordert, in der Kammer Sitz zu nehmen; b) aus den Häuptern der ehemals reichsunmittelbaren Häuser in Preußen und den Häuptern derjenigen Familien, welchen durch Königliche Verordnung das nach der Erstgeburt und Linealfolge zu vererbende Recht auf Sitz und Stimme in der ersten Kammer beigelegt wird. In dieser Verordnung werden zugleich die Bedingungen festgesetzt, durch welche dieses Recht an einen bestimmten Grundbesitz geknüpft ist. Das Recht kann durch Stellvertretung nicht ausgeübt werden und ruht während der Minderjährigkeit oder während eines Dienstverhältnisses zur Regierung eines Nicht-deutschen Staates; c) aus solchen Mitgliedern, welche der König durch Verordnung auf Lebenszeit ernannt. Ihre Zahl darf den zehn-

Theil der zu a und b genannten Mitglieder nicht überschreiten; d) aus 60 Mitgliedern, welche antheilig von den 200 höchstbesteuerten Grundbesitzern in jeder Provinz durch direkte Wahl nach Maßgabe des Gesetzes gewählt werden; e) aus 30 Mitgliedern, welche von den Gemeinde-Vorständen (Magistraten) der größeren Städte nach Maßgabe des Gesetzes gewählt werden; f) aus 6 Mitgliedern, deren eines von jeder der 6 Landes-Universitäten durch die ordentlichen Professoren gewählt wird. Die Gesamtzahl der zu b bis f bezeichneten Mitglieder der ersten Kammer darf die Zahl „zweihundert“ nicht überschreiten. Eine Auflösung der ersten Kammer bezieht sich nur auf die aus Wahl hervorgegangenen Mitglieder. IX. Art. 66 (70). Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz festgestellt. Sie können aus einem oder mehreren Kreisen oder aus einer oder mehreren der großen Städte, welche mehr als 10,000 Einwohner haben, bestehen. X. Neuer Art. nach Art. 93 (95). Es kann im Wege der Gesetzgebung ein besonderer Gerichtshof errichtet werden, dessen Zuständigkeit die Verbrechen des Hochverrats und andere Verbrechen gegen die innere und äußere Sicherheit des Staats begreift. Zuwiderwerben über diese Verbrechen alsdann auch von den gewöhnlichen Strafgerichten erkannt werden kann, bestimmt das Gesetz. XI. Art. 95 (97). Die Bedingungen, unter welchen öffentliche Civil- und Militär-Beamte wegen Durchstechung ihrer Amtsbeauftragungen verübt Rechtsverletzungen gerichtlich in Anspruch genommen werden können, bestimmt das Gesetz. Eine vorgängige Genehmigung der vorgefesteten Dienstbehörde darf jedoch nicht verlangt werden. XII. Art. 104 (105). Statt der Eingangsworte: Die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, Kreise, Bezirke und Provinzen des Preußischen Staates wird durch besondere Gesetze, unter Festhaltung folgender Grundsätze, näher bestimmt: XIII. Nach Art. 105 (106). Die Rechtsgültigkeit gehörig verkündeter Verordnungen kann nur von den Kammer zur Erörterung gezogen werden. XIV. Art. 107 (108). Die Mitglieder der beiden Kammer und alle Staatsbeamten leisten dem Könige den Eid der Treue und des Gehorsams und beschwören die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung. Eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt. XV. (Zusatz zu den Übergangs-Bestimmungen). Bis zum Erlaß des im Artikel 73 vorgeesehenen Wahlgesetzes bleibt die Verordnung vom 30. Mai 1849, die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer betrifft.

Berlin, den 7. Januar 1850.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg.  
von Mantoufel. von Strotha. von der Heydt.  
von Rabe. Simons. von Schleinitz.

Berlin, den 10. Jan. (Const. 3.) Der Minister des Innern hat den „Preußen! Eures Königs Ruf zu den Wahlen für den Deutschen Reichstag ist ergangen!“ beginnenden, vom 19. Dec. v. J. datirten Aufruf des Central-Wahl-Ausschusses der verbündeten conservativen Vereine des Preußischen Staates sämmtlichen Regierungen zugeschickt, damit diese den Aufruf durch die Amtsblätter zur öffentlichen Kenntnis bringen. — Der Geheimerath Waldeck ist bereits von dem Untersuchungsrichter im Ohm'schen Prozeß vernommen worden. — Die Nationalzeitung berichtet, den mit der Überwachung von Versammlungen beauftragten Beamten der Schutzmannschaft und Polizei sei der Befehl zugegangen, in den Versammlungen Debatten über die Deutsche Frage und das Erfurter Parlament zu gestatten, wenn sie keinen aufregenden Charakter annehmen. Wir sollten meinen, daß das erst keiner besonderen Anweisung bedarf. — Der Treubund für König und Vaterland scheint das Bedürfnis zu haben, den ausgebrochenen Zwiespalt wieder auszugleichen. Da aber der Interaten-Krieg keinen Frieden zur Folge hatte, so versucht er es jetzt mit einem anderen Geschütz, das er in Form eines offenen Schreibens an die Partei Lützow richtet. In diesem Schreiben ist natürlich viel von „Preußen-Treue“, von „Eintracht“, von einem „starken, freien König“ und von einem „starken, freien Preußen“ die Rede. Folgende Stelle führen wir ohne Kommentar wörtlich an: „Brüder, Glieder Eures Bundes, ja selbst Vorstands-Mitglieder, haben offen gesagt, daß sie die absolute Monarchie für die beste halten, und gewiß viele des Treubundes und auch nicht des Treubundes theilen diese Ansicht. Obgleich in unserer Zeit dieses nur ein leerer Wunsch bleiben muß, so ist es Niemand zu verargen, daß er von dem Alten das Gute zu behalten sucht, da es schlecht zu erkennen ist.“ — In der gestrigen Sitzung des Appellationsgerichts wurde ein Verlängerungs-Prozeß entschieden. Der Part. Schlesinger in Charlottenburg hatte den Major du Rosey denunziert, einen Maurergesellen zum Straßenaufruhr verleitet zu haben. Der vernommene Zeuge vermochte nichts zu bekunden, weshalb die Denunciation abgewiesen und gegen Schlesinger eine neue Anklage eingeleitet wurde. Der Gerichtshof verurtheilte den Schlesinger zu zehn Thaler Geld-, event. 14 Tage Gefängnisstrafe. In derselben Sitzung wurde ein Fuhrmann wegen fahrlässiger Meineids zu 6 Monate Gefängnis verurtheilt. — Vorigster Abend wurden die Bezirksversammlungen 37 und 38 wegen Vorlesung eines Artikels der Urwählerzeitung durch den anwesenden Polizeibeamten aufgelöst.

— (Berl. Nach.) Seit der Errichtung des unter der Leitung des Herrn v. Beckedorff stehenden Landes-Defonome-Collegiums hat die Produktion der Cereale in allen Provinzen der Monarchie auf eine höchst erfreuliche Weise zugenommen. Das Collegium rief unter anderem die so segensreichen landwirtschaftlichen Vereine ins Leben, welche durch gegenseitige Belohnung den Landbau immer mehr zu vervollkommen suchten, und es wirkt unermüdlich durch Hinweisung auf bessere Wirtschaftssysteme dahin, daß die Produktion der Bodenfrüchte auch in weniger ergiebigen Jahren im zunehmen bleibe. Demzufolge ist bereits in vielen Gegenden der Monarchie statt der bisherigen Dreifeldwirtschaft, die Schlagwirtschaft, und in vielen Gegenden die englische Fruchtwchsel-Wirtschaft mit günstigem Erfolg eingeführt. Es ist erfreulich zu vernnehmen, daß selbst in der Provinz

\* Dieser Artikel lautet: „Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates, so dürfen Herausgeber, Verleger, Commissionär, Drucker und Vertriebler, wenn deren Mitthilf nicht durch andere Thatsachen begründet wird, nicht verfolgt werden.“

Posen, wo sich die Dreifelder-Wirthschaft noch in überwiegender Mehrzahl vorfindet und die Kommunikationsmittel vorzugsweise ungenügend sind, auf den größeren Gütern die Schlagwirthschaft jetzt auch eingeführt ist. Zu erwähnen ist, daß für die Bildung des Bauernstandes, besonders in Preußen, Pommern und Posen, noch viel zu wünschen übrig bleibt, indem der Volksunterricht dort noch so vernachlässigt ist, daß der Bauer nur selten leicht und populär abgesetzte Werke über Landwirthschaft, wie z. B. das von Kotze zu lesen vermag. Der schlichte Bauer ist daher nur auf die Nachahmung besserer Methode angewiesen, die auf größeren Gütern mit Erfolg eingeführt sind. Wünschenswerth muß es mithin sein, daß für jede Provinz der Monarchie, in denen eigenthümliche, wie z. B. klimatische, Verhältnisse vorherrschen, auch höhere land- und staatswirthschaftliche Lehr-Anstalten wie z. B. in Eldena, eingerichtet werden. Leider ist die Thätigkeit der landwirthschaftlichen Vereine in den deutschen Provinzen durch die politischen Verhältnisse etwas in Stöcken gerathen. Im Posenschen haben sich die agrarwissenschaftlichen Vereine gänzlich in politische umgestaltet und so ihren Bruch herbeigeführt.

(C. B.) Seit mehreren Jahren hat der „Verein für Gewerbesleiz in Preußen“ einen namhaften Beitrag für die Erfindung der Vergoldung der Seide auf chemischen Wege als Preis ausgesetzt. Es haben sich viele mit der Lösung dieser Aufgabe beschäftigt, ohne das Ziel zu erreichen. Am nächsten kam derselben Herr Körnigk Dr. med. in Stolberg am Harz, welcher bereits im Jahre 1848 recht günstige, wenn auch noch nicht befriedigende Resultate erzielte. Dies ist ihm erst jetzt gelungen, so daß er im Stande ist, die Seide in Stücken und Faden (um Verweben) auf chemischem Wege zu vergolden und versilbern. Das letztere Verfahren scheint einfacher, als das der Vergoldung zu sein. Der Erfinder beabsichtigt, sein Geheimniß an einzelne Unternehmer abzutreten und ihnen die Ausbeutung derselben zu überlassen.

(Berl. Nachr.) Herr Appert hat eine Reise nach Hamburg unternommen, um sich von dem Zustande der dortigen Gefängnisse und Krankenanstalten zu unterrichten, und hat dieselben in einem so überaus traurigen Zustande gefunden, daß er eine eigene Brochüre darüber herausgeben wird, damit diese Zustände an das Licht gezogen werden. Ein Hauptgrund dieses vernachlässigten Zustandes soll in dem Mangel an geeigneten Baulichkeiten und an eigens dazu angestellten Beamten liegen: die Verhältnisse sind jedoch der Art, daß hier zum Wohle der leidenden Menschheit allerdings eine Abhülfe geschafft werden muß. — Der hiesige Central-Ausschuss hat an die armeren constitutionellen Bezirksvereine eine Anforderung erlassen, in Betreff der Unterstützung der Bezirksklassen sich an ihn zu wenden, um darüber abzustimmen, wieviel Geldmittel diesen zustehen sollen. In Folge dessen sind auch bereits mehrere Bezirksvereine von dem Ausschuss durch die von bemittelten Gesinnungsgenossen gezahlten Beiträge unterstützt worden. — In einer demokratischen Versammlung wurde vorgestern Abend Scheidmanns offener Brief an den Redakteur der neuen Preußischen Zeitung vorgelesen, was den anwesenden Polizeibeamten zur Auflösung der Versammlung veranlaßte. Auch die Schrift wurde von dem Beamten confiscat. — Am 7. Januar kam vor dem hiesigen Kreisgericht zum ersten Male eine Verhandlung gegen einen hiesigen Arzt wegen Verlezung des Amtsgeheimnisses zur Verhandlung. Der Wundarzt Franzelin hatte nämlich in einem Gasthause Tempelhof gesprächsweise mitgetheilt, wie ein Mädchen, welches er soeben untersucht hatte, an einer galanten Krankheit leide. Es war diese Erzählung zur Kenntnis der Polizei gekommen, das Mädchen war gerichtlich untersucht und nicht frank gefunden worden. Der Staatsanwalt hatte in Folge dieses Besuches gegen den Wundarzt Franzelin die Anklage wegen Verlängerung, resp. wegen Verlezung des Amtsgeheimnisses auf Grund des §. 505 des Strafrechtes erhoben, und wurde wegen des leichten Vergehens auch eine Geldbuße von 5 Thalern eventuell 8 Tagen Gefängniß gegen den Angeklagten verhängt. Das erstere Vergehen hieß der Gerichtshof nicht für vorliegend, weil die Auslassung des gerichtlichen Wundarztes Simon es zweifelhaft ließ, ob die Angabe des Angeklagten, daß das Mädchen frank sei, richtig gewesen war oder nicht.

Memel, den 8. Januar. Der überseeische Handel Memels war im verflossenen Jahre stärker als je. Es liefen in demselben 1074 Schiffe, unter Englischer, Holländischer, Norwegischer, Preußischer, Russischer, Dänischer, Hanoverischer, Oldenburger, Französischer, Mecklenburger, Belgischer und Amerikanischer Flagge in unsern Häfen ein; ausgegangen sind 1089 Schiffe. Verschiff wurden im vergangenen Jahre: Holzwaren 52,845 Schiffslast, Getreide 33,102 Schiffslast, Leinsaat 11,099 Schiffslast, Flachs, Hanf und Heide 68,196 Centner. Außerdem gingen seewärts große Quantitäten Lumpen, Öl, Bruchisen, Leinwand, Knochenhäute, Glascherben u. c. Heringe wurden eingebraucht 59,338 Tonnen. Am Schlus des Jahres 1848 bestand die hiesige Rhederei aus 91 Schiffen, enthaltend 19,764 Normal-Lasten. Sie wurde im vergangenen Jahre vermehrt durch 5 neuerrichtete Schiffe. Sieben Schiffe gingen verloren, acht wurden verkauft, mithin verblieben am Schlusse des Jahres 1849 Bestand 81 Schiffe. (E. a. M.)

Hamburg den 9. Januar. Der „deutsche Verein“ hat sich für das Nichtwählen nach Erfurt entschieden.

Kiel den 8. Januar. (H. C.) Gestern traf hier eine Deputation aus der Stadt und dem Amt Husum bei der hohen Statthalterei ein, um dieselbe auf das Dringendste zu ersuchen, dem gewaltamen Verfahren der Landesverwaltung, wodurch alle amtlichen Verhältnisse depravirt würden, auf's Waldbüste Wandel zu schaffen. Nur durch Wiederbefehlung des Herzogthums werde dies möglich sein. Zugleich erklärten die Abgeordneten, wie man vermutt, daß das ungetrennte Schleswig-Holstein sich auf keine Weise von dem deutschen Vaterland, in welcher Weise es auch sei, werde abtrennen lassen. Die Deputation soll die hohe Statthalterschaft aufgefordert haben, in dieser Hinsicht von der Ausicht des Landes bei den Friedensverhandlungen nicht abzuwenden. Man sagt, daß die Statthalterschaft die beruhigendsten Zusicherungen in der Hinsicht ertheilt haben soll, daß unsere Verhältnisse nach außen hin günstiger Art wären. Heut trafen aus den Städten und dem Amt Upenrade und Hadersleben Deputationen ein, welche auf Einmarsch der Schleswig-Holsteiner in Schleswig drängten, damit die Dänen von Alsen her das Land nicht in Besitz nähmen.

Dessau, den 4. Januar. Vorgestern wurde durch ein Plakat von dem Herzoglichen Hofmarschallamt zur öffentlichen Kunde gebracht, daß gestern, von früh 9 bis Abends 7 Uhr die irdische Hülle Ihrer Königlichen Hoheit, der nun verewigten Herzogin, in dem Rittersaal im Herzogl. Schlosse ausgestellt, und der Zutritt jedermann gestattet sein würde. Tausende, nicht allein Bewohner der Stadt, auch aus stunden- und meilenweit entfernten Orten des Herzogthums drängten sich auf dem Markte und auf die Stufen der Treppe,

um zum letzten Male das Antlitz der entschlafenen heuren Fürstin zu schauen. Auf einer Erhöhung von einigen Stufen lag sie, in dem letzten Ruhebett der Sterblichen, dem Sarge, hingerafft von der Hand des unerbittlichen Todes, hingerissen, viel zu früh, von der Seite des edlen Gemahls, aus dem Kreise blühender Kinder und lebender Verwandten, von welchen Ihr erlauchter Bruder, der Prinz Friedrich Ludwig Wilhelm von Preußen, Königl. Hoheit, gleich einige Tage nach der Erkrankung der geliebten Schwester herbeigeeilt war, und bis zu ihrem letzten Athemzuge sie nicht wieder verlassen hatte: entrissen Denen, welche die hohe Frau während ihres segensreichen Daseins, wäre es auch nur durch ihre Milde und stets gleiche Güte kennen lernen. Zu Haupten des Todtenlagers war die Fürstenrone hingestellt, und neben denselben saßen zwei ihrer Hofsäulen in tiefer Trauer; zu Füßen waren die Ordenszeichen hingestellt. Am Abend wurde die entseelte Hülle mir in Gegenwart der hohen Hinterbliebenen und Verwandten und weniger Erwählten feierlich eingesegnet, und heute Morgens nach 8 Uhr der, mit grünen Sammet überzogene, ganz einfach mit den Wappenschildern des uraltfürstlichen Hauses gezierte, Sarg auf den in Bereitschaft stehenden, mit sechs schwarz behangenen Pferden bespannten, Trauerwagen gesetzt, der, von den Offizianten des Herzogl. Hofes in tiefer Trauer begleitet, den Zug eröffnete. Diesem folgte unmittelbar der Wagen Sr. Hoheit des Herzogs, in welchem Höchstderselbe mit dem Bruder der Entschlafenen, Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich von Preußen, und seinem und der Vereinigten Sohn, dem Erbprinzen, sich befand, dem dann ein Wagen mit den hier anwesenden Brüdern Sr. Hoh., den Prinzen Georg und Friedrich sich anschloß, und diesem folgte eine Reihe anderer Herzogl. Wagen, mit dem Personal des Herzogl. Hoffstaates, und hierauf der, mit dem Oberhofmeister, Freiherrn v. Sternegg, dazu hergesendete Wagen Ihrer Hoheit der verwitweten Herzogin von Anhalt-Kothen, Auguste. Unter dem Geläute aller Glocken bewegte sich der Trauerzug, dem sich freiwillig eine große Zahl Bewohner der Stadt und dazu hergekommenen Bewohner des ganzen Landes angeschlossen hatte, feierlich durch die Straßen der Stadt, durch die dichtgedrängten Reihen Umstehender; ehrfurchtvoll entblößte jeder sein Haupt, als der Wagen mit der hohen Verewigten vor ihnen vorüberfuhr. — In Ronis, einem Dorfe, etwa drei Viertel Meile von Dessau, hatte schon bei seinem Leben der (1817) vereigte Herzog Franz eine Gruft für sich und seine ihm (1811) vorangegangene Gemahlin Louise dicht neben der Kirche erbaut, in dieses Gewölbe wurde der Sarg, der die Hülle der Verklärt in sich schließt, vorläufig beigesetzt. Auch in dieses Gewölbe war der Zutritt nicht verstattet; nur die nächsten Angehörigen und unmittelbare Umgebung der hohen Leidtragenden, so wie der Pfarrer der Kirche und die Geistlichkeit der Stadt Dessau erhielten Einlaß. (Berl. Nachr.)

### Österreich.

LNB Wien den 5. Januar. Als einen Beitrag zur Juden-Emanzipirungsfrage in dem Kaiserthume Österreich berichten wir, daß am 3. in Olmütz, aus Anlaß des täglich fühlbaren werdenen Mangels an Quartieren, von Seite des Gemeinderathes alle Häuser besetzt, welche an israelitische Parteien Wohnungen vermietet hatten, entzett und befragt wurden, welche Lokalitäten sie auf diese Art vergeben hatten. Die Folge dieses Amts-Aktes ist noch unbekannt. — Nach der Peithei Zeitung sind in Russland verschärft Maßregeln zur Verhütung des Ausreisens der Militärpflichtigen getroffen worden, indem deren jüngere Brüder, wenn es auch nur Neubab von 10—13 Jahren sind, den Eltern weggenommen und in die Militär-Institute geführt werden. (Vergl. Ztg. vom 29. Decbr.) — Bei der am zweiten Weihnachtstage erfolgten Wiedereröffnung des Theaters della Scala in Mailand bemerkte man nicht eine einzige Dame von Distinktion, ausgenommen die bekannte russische Gräfin Samostoff, die in ihrer Loge saß. — Man ist über die Eventualität einer Besiegung Sachsen durch die österreichischen Truppen viel beruhigter, seitdem die Voraussetzung Raum gewinnt, daß solche mit Einverständnis und unter Mitwirkung Preußens erfolgen dürfte. — Der Militär- und Civil-Gouverneur der venetianischen Provinzen macht bekannt, daß der Freihafen der Insel S. Giorgio Maggiore mit dem 1. Januar 1. J. in Wirtschaft trete. — Die hiesigen Tiaker haben nun den Weg der Presse ergripen, um ihre Reklamationen gegen die ihnen auferlegte Taxe vorzubringen. — Der verstorbene Hofrat Kiesewetter hinterläßt einen ausgezeichneten Ruf als Schriftsteller über Musik, und eine sehr wertvolle Sammlung alter Musitalien. Eine Tochter des Verstorbenen ist die Gemahlin des Baron Prokesch von Osten, österreichischen Gesandten in Berlin. — Außer der nationalen Spaltung macht sich in Böhmen auch wieder die konfessionelle bemerklich, und nicht nur Deutsche und Tschechen, sondern auch Katholiken und Protestanten stehen sich feindselig gegenüber. Die Predigten des Pastors Koschütz in der Kirche der Protestanten zu Prag ziehen besonders ein großes Publikum an sich.

LNB Wien den 6. Januar. Se. Majestät der Kaiser hat befohlen, daß sämtliche Bedürfnisse für Ihren Haushalt, Stoffe zu Kleidern u. dgl. in österreichischen Fabriken angekauft werden sollen. — Die Truppenmärkte nach Böhmen dauern in allen Richtungen fort. Ein Theil des Armee-Corps zieht sich ganz nahe an die sächsischen Grenzen, und die Grenzösterreicher sind mit Einquartirungen stark belastet. Dem Militär ist das Überschreiten der Grenze streng untersagt und wird unter keinerlei Vorwände gestattet. In Prag sind alle Gasthäuser mit R. R. Offizieren überfüllt und noch immer langen neue mit ihren betreffenden Truppenkörpern dasselbst an. — Aus dem sonst so häufig nothleidenden Riesengebirge wird berichtet, daß sämtliche dort gangbare Fabrikationszweige einen ungemein lebhaften Aufschwung genommen haben, so daß die arbeitenden Hände kaum zu reichen, der Lohn vorans bezahlt wird und die Arbeiter sich in der günstigsten Lage befinden, mit ihren Familien anständig leben zu können. Minder vortheilhaft lauten die Berichte aus dem Erzgebirge. — Der österreichische Gesandte in Berlin, Baron Prokesch, wird hier erwartet. — Aus einem hier eingetroffenen Briefe des Grafen Edmund Zichy aus Florenz ergiebt sich die Gewißheit, daß derselbe nicht, wie einige Blätter wissen wollten, vom Irren besessen worden sei. Vielmehr beharrt der Graf fest auf seinem Vorwage, einen Prozeß gegen Görgey einzuleiten. — In der Vorstadt Gumpendorf verübten 8 Soldaten vom Nassauischen Infanterie-Regiment dieser Tage bei einem Drechsler und einem Handschuhmacher, als sie um Waaren feilschten, mehrere Diebstähle, indem sie bei Ersterem Pfeifen und Cigarrenspitzen, bei letzterem Geldtaschen verschwinden machten. Ihr Benehmen war — wahrscheinlich aus langer Übung — der Art ungeniert, daß die Gewölbeshaber herzlich froh waren, solche Kunden wieder los zu werden. — Gestern Nachmittags fand in der Marienhilfer Vorstadt ein bedeutender Aufstand statt. Ein Grenadier entzündete einem Schnürmacherlehrling ein Padet und zog, als er von einigen Civilpersonen zur Rückstellung angehalten wurde, seinen Säbel. — Die

höchste publizierte Landesverfassung Oberösterreichs ist in den wesentlichen Grundzügen mit jener von Niederösterreich übereinstimmend. — Die Zustände der Wojwodina (Serbien) treten bei weitem mehr in den Vordergrund, als die sonstige Bedeutung dieses Kronlandes nach Flächeninhalt oder Bevölkerung es mit sich bringt. Man nimmt um so weniger Anstand, den Beschwerden der Deutschen und Magyaren gegen die Wirkungen der Hegemonie der Serben vollen Glauben zu schenken, als es gerade die konservativen Journale sind, welche ihnen ihre Spalten öffnen. Der heutige Lloyd bringt ein Beispiel, das für viele gelten mag. Ein deutscher Handelsmann schickte einem rajischen hohen Beamten die Schuldrechnung für eingetaufte Waren zu, worauf dieser ihm sagen ließ: „Er zahle nicht, und der Andere möge Gott danken und froh sein, daß ihm die Serben nicht Alles geplündert haben.“ — Offentliche Blätter geben den Text der mit 600 Unterschriften bedeckten Petition der in der Wojwodina Serben enclavierten Romänen, worin sie ihren Schmerz über jene Einverleibung ausdrücken und die Bitte daran knüpfen, ihre Ausscheidung zu verfügen und sie mit den Romänen zu vereinbaren, welche die Gebiete über der March bewohnen. — Der Magyar Hirlap theilt aus dem Abauer Comitate betrübend Nachrichten mit. Die Einquartierungs- und Vorspannkosten sind beinahe unerschwinglich. Die Regierung wird dringend aufgefordert, baldige Abhilfe zu treffen. Gezwungen ist dort sowohl die Sicherheit der Person als die des Eigentums im höchsten Grade gefährdet. — Auch die Theißgegend und die Bacska sind in neuester Zeit unruhig geworden und um so bedrohlicher, da die serbischen Begleger sehr förmlich organisiert sein sollen und ihre Raubmordversuche immer häufiger werden.

Neulich ist Galizien der Schauplatz eines furchtbaren Unglücks geworden. Am 19. v. Mittags 12 Uhr, erfolgte der Durchbruch der Weichseleisdecke von der Mündung des Wisłokaflusses bis zum Dorfe Koło, wo die Eismassen zu stauen anfingen, und in kurzer Zeit das Bett der Weichsel von Koło bis Przewiez in einer Strecke von 2000 Kläffern dergestalt verlegt, daß das Wasser die Drie Baranow, Koło, Dmitrow, Malj und Przewiez überschwemmte und unermesslichen Schaden bewirkte. Unglücklicherweise trat Frost hinzu und hinderte bis zum Abgänge der Nachricht den Abschluß der verheerenden Fluth.

### Frankreich.

Paris, den 5. Januar. (Köl. Ztg.) Unter ganz gewöhnlichen parlamentarischen Umständen würden wir seit mehreren Tagen in einer ministeriellen Krise uns befinden; allein da wir zufällig in ganz eigenhümlich parlamentarischen oder constitutionellen Zuständen seit dem 31. Oktober vorigen Jahres leben, so müßt man sich wohl in Acht nehmen, einen Ministerwechsel zu erwarten, weil die Kammer am Mittwoch kein Vertrauen zu haben schien und am Donnerstag wieder Vertrauen fasste, oder weil das Ministerium am 31. December die bewaffneten Unterhandlungen des Herrn Nantez sich gefallen zu lassen schien und am 4. Januar keinen Geschmack mehr für bewaffnete Unterhandlungen hat, sondern schlechtherg unterhandeln möchte. Kammer und Kabinet haben am Ende einander nichts vorzuwerfen, denn es herrscht auf der einen wie auf der anderen Seite gleich viel Unthätigkeit und Ohnmacht, wofür man sich auch gegenseitig verantwortlich macht. Die Kammer sagt: „Einem Ministerium der Initiative gegenüber würde die Spaltung in der Majorität nicht eingetreten sein.“ Das Ministerium sagt: „Die Regierung hat kein Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden; der Kammer allein kommt dieses Recht zu; beschließt sie Krieg, so werden wir Krieg führen; beschließt sie Frieden, so werden wir den Vertrag Lepredour ratifizieren.“ Bis zu einem gewissen Grade haben Beide Recht, und es folgt daraus, daß entweder der Präsident der Republik die Kammer entfernen oder von ihr völlig abgangen müssen, um in seiner Thätigkeit wie Unthätigkeit kein Hinderniß von ihrer Seite zu finden; oder aber, daß der Präfekt sein unthätiges Ministerium der That entlässe und Männer in seinen Rath berufe, welche die Nationalversammlung nicht bloß dulden, sondern auch unterstützen würde. Zwischen dem Entweder-Oder liegt logischer Weise nichts Drittes; da jedoch die Logik seit 2 Jahren nicht herrscht und nicht regiert, so hört das Unlogische nicht auf, das Wahrscheinliche zu sein. Es ist daher wahrscheinlich, daß vorerst das Ministerium im Amt bleibt, wiewohl von seiner Entlassung wieder die Rede ist; allein früh oder spät macht die Logik ihre Rechte geltend und die angekündigte Alternative wird dann für Ludwig Napoleon ein kategorischer Imperativ.

Im Anfang der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird ein Dringlichkeits-Antrag des Ministeriums für einen von ihm vorgelegten Gesetzentwurf mit großer Mehrheit verworfen. Der Vorsitzende (Vizepräsident Barroche) verliest hierauf einen Brief des Präsidenten Dupin, welcher der Versammlung dafür dankt, daß sie ihn zum vierten Male wählt, sie aber, weil er diesmal weit weniger Stimmen erhielt, als früher, gleichzeitig um die Wahl eines anderen Präsidenten bittet. Dieser Schrift Dupin's, der darauf berechnet scheint, sich mit bedeutender Majorität gewählt zu sehen, erregt Lachen. Die neue Präsidentenwahl wird auf übermorgen festgesetzt. Die Tagesordnung bringt jetzt die weitere Verhandlung über die Angelegenheit von Montevidéo. Alle Tribunen und besonders die Diplomaten-Tribune sind außergewöhnlich stark besetzt. Auf eine Auffrage Em. Arago's erklärt der Justizminister Roüber, daß England keinen geheimen Vertrag mit Rosas, der ihm Handelsvortheile sichere, geschlossen habe und daß also der Verdacht, daß England aus diesem Grunde die Regierung von einem Unternehmen gegen Rosas abzulenken suche, falsch sei. Welche Modifikationen des Lepredour'schen Vertrages die Regierung durch Unterhandlung zu erlangen hoffe, könne Niemand auf öffentlicher Tribune hören wollen, sonst möge man lieber gleich decretieren: „Die demokratische Republik verfährt nur vermittelst Ultimatums und die Diplomatie ist abgeschafft.“ Was die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Berichterstattungs-Ausschuss und der Regierung betreffe, so halte diese die vorgelegte Tagesordnung, wonach die Versammlung die Regierung einladen soll, den Erfolg der Unterhandlungen durch die nötigen Streitkräfte zu schirmen, für zweideutig, voreilig und gefährlich für die französischen Staatsangehörigen in Buenos-Aires, und nehme daher diese Tagesordnung nicht an. Thiers bestiegt unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Tribune. Er bedauert, gegen die Regierung, die er bisher immer unterstützt habe, in Opposition treten zu müssen, allein seine Überzeugung gebietet ihm, in dieser Angelegenheit gegen dieselbe das Wort zu ergreifen. Er befiehlt zuerst die Befürchtung von Verwicklungen mit England, das gewiß das Recht Frankreichs anerkennen werde, Rosas zu bekriegen, da derselbe Rosas habe schlachten und ihre Besitzungen plündern lassen, mehr als einst der Kaiser von Marocco gethan habe. Dann setzt er die Notwendigkeit auseinander, dem finnenden französischen Seehandel einen Ausweg nach Südamerika zu eröffnen. Thiers schulmeistert das Ministerium auf die schmung-

loseste Weise. „Man muss kein Sterbenswörthchen“ sagt er unter Anderem, „von den Verhältnissen am La Plata wissen, um hier auf dieser Tribune zu behaupten, daß wir kein Interesse an der Erhaltung von Montevideo haben, daß der Handel gegenwärtig von dort nach Buenos-Ayres verlegt sei, daß ein Unternehmen gegen Rosas mit den äußersten Schwierigkeiten verbunden sein würde u. dgl.“ Der Justizminister Rouher unterbricht ihn endlich auf das heftigste, um ihm zu erklären, daß die Regierung die historische, geographische, militärische und politische Seite der Frage wohl kenne und daß er nicht nöthig habe, sich ohne Unterlass an dieselbe zu adressiren. Zuletzt wirft Thiers der Regierung in der Angelegenheit von Montevideo noch Planlosigkeit und Unentschlossenheit vor. „Die gefallene Regierung“, ruft er aus, „der man so oft Schwäche vorgeworfen hat, war noch heroisch gegen Euch! Wozu bezahlen wir für unsere Marine 120 Millionen, wenn wir nicht auch in der Ferne unsere Ehre und unsere Interessen wahren wollen? Eine Seemacht muß nöthigenfalls auch auf 3000 Stunden Entfernung kräftig auftreten, den Krieg zu führen wissen.“ Auf der Linken und bei vielen Mitgliedern der Rechten findet diese Rede den lebhaftesten Beifall. Der Justizminister Rouher steigt sofort auf die Tribune und behauptet sich daselbst trotz der schon vorgeschrittenen Stunde. „Sie beschuldigen die Regierung der Schwäche, der Unentschlossenheit. Glauben Sie damit dem Lande einen Dienst zu leisten? Sie werden höchstens eine Minister-Revolution hervorufen und Nichts geleistet haben“ (Auffsehen.) Er geht hierauf zu einer Discussion der einzelnen Punkte der Angelegenheit von Montevideo über, die bald zu einem waren Dialog mit Thiers wird. Dieser spricht zu wiederholten Malen von seinem Platze aus mit großer Lebhaftigkeit und wird zuletzt vom Vorsitzenden zur Ruhe gewiesen. Um 7 Uhr wird die Discussion geschlossen, nachdem die ministerielle Partei den vergeblichen Versuch gemacht hat, dieselbe auf Montag zu vertagen. Verchiedene Amendements sind eingebrochen, über die noch berathen werden muß. Es wird jedoch, nachdem mehrere Amendements verlesen worden, die Vertagung auf Montag, trotz des lebhaftesten Widerspruches der Linken, genehmigt — ein für das Ministerium günstiges Ereigniß, da sonst das Amendement der Commission wahrscheinlich angenommen worden wäre. Die Sitzung wird um 7½ Uhr unter ziemlicher Aufregung geschlossen.

Paris, den 6. Januar. (Köl. Ztg.) Marschall Marmont, Herzog von Ragusa, und der Herzog von Levis, früher Erzieher des Herzogs von Bordeaux, sind hier angekommen. — Der „Moniteur“ enthält die Ausschreibung einer Ersatzwahl zur National-Versammlung, wobei zum ersten Male nach dem abgeänderten Wahlgesetz der Generalrat des Departements zusammenberufen wird, um die Wahlbezirke festzustellen. — Der Minister des Innern bringt, weil er mit Bittgejuchten alter Militärs des Kaiserreichs überhäuft wird, wiederholte Erinnerung, daß die Bittsteller sich an ihre Präfekte zu wenden haben. — Mehrere Polizeiseergeräte sind wegen sozialistischen Meinungen und Neuerungen ihres Dienstes entlassen worden. — Die gestrige Rede von Thiers wird von den Organen der Social-Demokraten und Legitimisten sehr gelobt. Das „Journal des Debats“ und die „Presse“, welche den Frieden mit Rosas verfechten, tadeln Thiers wegen seiner kriegerischen Gelüste. Das Organ des jetzigen Ministeriums, der „Constitutionel“, weiß nicht recht, wie er sich zwischen seinen neuen Pflichten und dem Respekt vor seinem alten Patron durchwinden soll. Das besondere Organ des Elysee, der „Dir Decembre“, beobachtet über die ganze gesetzliche Sitzung ein beachtenswertes Schweigen. — L. Napoleon soll abermals mit einem seiner Vettern zerfallen sein. Lucien Murat, bekanntlich Gesandter in Turin, äußerte gleich nach seiner Ankunft in einem Salon, sein Vetter werde, ehe acht Tage vergingen, Kaiser der Franzosen sein. Diese Neuerung machte Aufsehen, und der dortige Englische Gesandte Abercromby gab Lord Palmerston in einer Depesche davon Nachricht. Dieser fragte sofort bei Lord Normanby an, wie es komme, daß er eine so wichtige Sache, die ganz Europa umgestalten könnte, nicht zu wissen scheine, obgleich er geheime Fonds und eine eigene Polizei zu seiner Verfügung habe. Lord Normanby antwortete sofort ins Elysee und zeigte dem Präsidenten der Republik die Depesche seiner Regierung. Dieser hatte kaum das Auge darauf geworfen, als er in einem Ausbruch des heftigsten Zorns die unberufene Renommisterei seines Vetters Murat in den erbosten Ausdrücken geißelte. Es scheint, daß ein Freund des letzteren, der die für denselben wenig schmeichelhaften Ausdrücke des Präsidenten mit angehört hatte, sie ihm Wort für Wort berichtet hat, und daß Murat beim Empfang des Briefes in einen nicht weniger heftigen Zorn, als sein Vetter, gerathen ist. Es hat sogar, wie es heißt, nicht viel gesehlt, daß er eben so plötzlich, wie Napoleon Bonaparte von Madrid, von Turin zurückgefiebert wäre. Man spricht andererseits von seiner beschlossenen Abberufung. — Die schon erwähnte Meuterei in einem Kavallerie-Regiment ist nicht zu Cambrai, sondern zu Valenciennes ausgebrochen, wohin der Kriegsminister folglich den General Lanoeuvre mit unbeschränkten Vollmachten abgeschickt hat. — Unsere Regierung hat zum Schutz der zahlreichen nach Metz wandernden Einwohner von Algerien dort einen Agenten angestellt. — Die Majorität löst sich auf; die Majorität existiert nicht mehr! Dies ist seit einigen Tagen der Notruf der Partei der Ordnung, das Triumphgeschrei der Sozialisten. Die gestrige Rede von Thiers, der von seiner stolzen Höhe eines alten, eingeweihten Staatsmannes herab das unerfahrenen, ungeschickte und, was sein größtes Verbrechen ist, Herrn Thiers zum Trost eingedrungene Ministerium niederrwarf und erdrückte, die von dem Justiz-Minister selbst darauf in Aussicht gestellte Minister-Revolution, das Verschämtheit der Präsidenten-Funktion durch Dupin wegen der geringen ihm zu Theil gewordenen Stimmenzahl, der Gross eines Theils der Majorität gegen den zu constitutionell gesunkenen General Bedau, wie er in dem zweimaligen Durchfallen desselben bei der Vice-Präsidenten-Wahl zum Vorschein gekommen ist, alle diese Thatsachen sind untrügliche Symptome einer schweren Krankheit in dem bisher so festen Körper der Majorität. Jeder Mann zerbricht sich den Kopf darüber, ob nun ein gewaltiger Tod, ein 18. Brumaire, diese Krankheit enden wird, oder ob die Majorität, nachdem sie sich in ihre Elemente zerstört hat, neu verjüngt, wie ein Phönix aus ihrer Asche hervorgehen wird. So viel ist gewiß, daß der gegenwärtige Zustand nicht fort dauern kann. Die Geschäfte des Landes können unmöglich durch eine Versammlung, die mit der Regierung uneinig ist, die in sich selbst ein wahres Babel vorstellt, und durch ein Ministerium, das in sich selbst nur deshalb einig zu sein scheint, weil es gar keinen Plan und keinen Willen hat, gut geleitet werden. Entweder ein Convent oder eine Monarchie! Dies ist die Lösung, die der Gang der Ereignisse über kurz oder lang gewaltsam zu fordern scheint. In dem Zersetzungszuge der Majorität lassen sich zwei Elemente durch Cohärenz und bestimmte Farbe deutlich unterscheiden: die äußerste Rechte der Legitimisten und die Partei des constitutionellen Circels. Die übrigen Bestandteile der Majorität bilden die farblose und wenig konstante Masse

der Orleansiten, Imperialisten und Ministeriellen um jeden Preis. Es ist Thatssache, daß die Legitimisten im Begriffe stehen, mit der Partei des constitutionellen Circels, welcher Männer wie Dufaure, Coquerville, Cherbette, Lamoriciere und Bedau angehören, gegen die Centralisations-Tendenzen der Regierung, die aus dem Despotismus des Kaiserreichs näher zu führen drohen, gemeinschaftliche Sache zu machen und in vielen Fragen im Bunde mit der Linken, die immer wie Ein Mann gegen das Ministerium votirt, eine neue Majorität zu constituiiren. Es ist nicht unmöglich, daß die Legitimisten, die über den Troz, mit dem Dupin seine Wahl zum Präsidenten ausgeschlagen hat, sehr erzürnt sind, morgen ihre Stimmen auf den Kandidaten des constitutionellen Circels Odilon-Barrot wenden, worin ein neuer Akt der Feindseligkeit gegen das Cabinet vom 31. Oktober nicht zu erkennen wäre. Das seit gestern wieder mehr als je Gerüchte von Veränderungen im Ministerium, ja, von dem gänzlichen Rücktritte desselben im Umlauf sind, wird Niemanden überraschen, der die französische Vorliebe der hiesigen Blätter für diese Gattung von Neuigkeiten kennt. Vor der Hand ist noch gar nichts beschlossen, und das Ministerium vom 31. Okt. wird es zu einem Votum über die Angelegenheit von Montevideo kommen lassen, vielleicht, wie es heißt, unter Vorstellung eines vermittelnden Amendements — die bekannte parlamentarische Manier, es keinem und Allen recht zu machen.

### Spanien.

Madrid, den 1. Januar. Die Symptome des erfreulichen Zustandes d. M. dauern fort, und man erwartet mit Spannung den 4. Febr., bis zu welchem Tage, wie es scheint, die Leibärzte keine offizielle Erklärung über die Bestätigung des glücklichen Ereignisses abgeben zu können, erklärt haben. Im Palast werden die Zimmer für Se. k. h. den Herzog von Montpensier eingerichtet, dessen Ankunft in Madrid noch vor der Entbindung der Königin erwartet wird.

Die spanischen Truppen verlassen allmälig den Kirchenstaat. Überall wurden sie freundlich aufgenommen und mit Lobeserhebungen über ihre Disciplin überhäuft. Zwischen dem General Cordova und dem Ober-Befehlshaber des republikeischen Heeres herrscht das allerbeste Einvernehmen, so daß auch die Truppen in gutem Einverständniß mit einander sind. Als kürzlich eine Summe Geldes, welche für das spanische Heer bestimmt war, zwischen Rom und Bellctri den in der Umgegend von Rom hausenden Räubern in die Hände zu fallen drohte, gab der französische Ober-General folglich eine Bedeckung von französischen Soldaten her, welche das Geld bis zum ersten spanischen Posten escortirten, und als die Franzosen ein Detachement von Jägern des Regiments Ciudad Rodrigo trafen, welche das Geld in der Gegend von Genzano im Empfang nahmen, äußerten sich die französischen Soldaten sehr lobend über die spanischen. Am 17. hielt der General Zavala, von seinen Adjutanten und seinem General-Stabe begleitet, bei Bellctri eine Heerschau über die dort zusammengezogenen Truppen des Bataillons von Baeza, einen Theil des Bataillons von las Navas, die Artillerie und die Hälfte des Cavallerie-Regiments Lusitania. Als nach Beendigung des Manövers die Truppen dem General Cordova begegneten, der von seinem täglichen Spazierritt zurückkam, ließ er das Bataillon Baeza noch eine halbe Stunde lang manöviren, was den Anwesenden, durch die gute Haltung der Truppen, große Genugthuung gewährte. Die Stadt Vizcaya hat dem General Cordova öffentlich ein Zeugniß über die treffliche Disciplin seiner Truppen ausgestellt, und der päpstliche Commisar in Bellctri unter dem 15. December ein ähnliches Zeugniß über das lobenswerthe Verhalten der spanischen Truppen bei einem Brande in jener Stadt gegeben.

### Aegypten.

Alexandria, den 7. Dez. (Wien. Ztg.) Der Vicekönig ist von seinem Ausfluge nach Ober-Aegypten bereits wieder nach Kairo zurückgekehrt, wo ihn die Bevölkerung sehr freudig empfangen hat. — Prinzessin Marianna von Preußen ist gestern auf einem Engl. Dampfer hier angekommen. Sie reist incognito unter dem Namen einer Frau v. Seitenberg und geht nach Jerusalem.

### Kammer-Verhandlungen.

82. Sitzung der 2. Kammer vom 9. Januar. (Schluß.)

Der Referent (Abg. Pochhammer) liest den Bericht über den Theil der Budget-Ausgaben der indirekten Steuerverwaltung.

Abg. Harkort: Ich glaube, daß einige Provinzialsteuerdirektionen z. B. die in Frankfurt, Potsdam und Angermünde eingehen könnten.

Der Finanzminister: Ich bemerke, daß die Geschäfte der Provinzialsteuerdirektionen in Frankfurt und Potsdam von einer Abteilung der dortigen Regierungen besorgt werden.

Die Kammer geht über diesen Punkt hinweg.

Bei den Posten-Kosten der Bezirksteuerverwaltung beantragt die Commission, statt der im Etat von 1859 ausgeworfenen 10,000 Thlr. zu Gratifikationen für die Subalternenbeamten nur 5000 Thlr. zu bewilligen. Die Kammer tritt dem bei. Eben so den Kommissionsantrage, daß auf die allmäßliche Verminderung der unverhältnismäßig hohen Kosten der Localverwaltung Bedacht genommen werden müsse. Eben so den folgenden Anträgen, daß die Regierung zu ermächtigen sei, dem Unterstützungsfonds für Witwen und Waisen der Steuerbeamten die verloren gegangene Summe von 38,177 Thalern aus den Überschüssen der Steuerverwaltung zu ersezten, so wie die von diesem Fonds dem Staate geliehenen 113,000 und 70,600 Thlr. als Staatschuld anzuerkennen.

Bei Gelegenheit der Salzfrage macht der Abg. Harkort auf den unendlichen Schaden aufmerksam, der dem Lande durch die hohen Salzpreise in Folge des Monopols erwächst. Geben Sie das Monopol auf und fixieren Sie die Salzsteuerung mit 5½ Mill. Thlr. Netto; dann wird man sagen, Sie haben das Wohl des Landes gefördert.

Abg. v. Bodelschwingh (Hagen): Auch die Commission hat diese Ideen erwogen, aber die Zollvereinsverträge hindern uns, vor 1853 die Salzpreise zu erniedrigen. Wir müssen die Verträge heilig halten. Wenn es an mir läge, würde ich das Monopol schon heute abschaffen.

Abg. Harkort: Ich bleibe bei meinem Antrage. Wie wichtig der Salzpreis dem Volke ist, können Sie sich leicht überzeugen; fragen Sie den Hannoveraner, warum er nicht Preuse werden möchte. — Die Ermäßigung des Preises um 2 Millionen war nur scheinbar, der Zuwachs der Bevölkerung machte sie entbehrlisch. Ich habe nicht eine neue Steuer beabsichtigt; die 5½ Millionen sollen, wie jetzt die Maischsteuer, an den Produktionsstellen erhoben werden.

Der Finanzminister: Die Frage über das Salzmonopol ist schon so vielfach erörtert, daß ich mich nicht bewegen kann, von dieser Stelle darüber zu sprechen. So viel steht fest, daß der Staat die Einnahme aus dem Salzmonopol nicht entbehren kann und bisher

ein Ersatz im Falle der Aufhebung gefunden worden ist. Eine neue Steuer von 5½ Millionen kann nicht so im Vorbeigehen bei der Budget-Berathung — meines Erachtens wenigstens — beschlossen werden.

Für den Antrag von Harkort erhebt sich nur die Linke. Die Kammer beschränkt sich auf die Annahme des Kommissionsantrages, man möge darauf Bedacht nehmen, die Befriedigung des inländischen Salzbedarfs möglichst vom Auslande unabhängig zu machen.

Bei dem Abschnitt von der Lotterieverwaltung beantragt der Ausschuß, den Posten von 100 Thlr. Sporteln als ungefährlich, da Verwaltungssporteln überhaupt unzulässig sind, zu streichen, ferner durch Verminderung der Beamten und Ermäßigung des Unterstützungs-fonds „in den persönlichen Verwaltungskosten“ Ersparnisse zu erzielen.

Hartmann und Genossen beantragen das Einkommen der Einnehmer und Untereinnehmer zu verringern. Ulfert und Genossen beantragen, die Stelle des Justitiarius zu streichen.

Der Regierungs-Commissar Horn: Betreff des Antrages wegen der Sporteln hat die Regierung nichts zu erinnern. Dagegen kann ich nicht finden, daß die Verwaltung bisher in der Erhebung der Sporteln ungerecht verfahren ist. Ebenso ist gegen die andern Ausschüsanträge nichts zu erinnern. Das Hartmann'sche Amendement scheint dem fiskalischen Interesse vortheilhaft, doch widerspricht es einmal der Billigkeit gegen die Einnahme, und indem es die Stellung derselben verschlechtert, schwächt es auch die Garantie, welche ihre Solidität der Verwaltung geben muß. Es gibt 107 Einnehmer und etwa 1000 Untereinnehmer; die eine Hälfte des Gewinns kommt jenen, die andere diesen zu. Ihre Einnahme besteht in 5 Sgr. Schreibbüchern à Loos, 1 Sgr. auf den Thlr. von den Gewinnen, welche bei den einzelnen herauskommen, und 1½ p. Et. von dem Bruttovertrag aller bei ihnen abgefesteten Loose. Die Gesamteinnahme beträgt 209,000 Thlr. für jede Lotterie, im Jahre also 118,000 Thlr.; das macht für die Person 374 Thlr. Gegenüber den Lasten (namlich der Portausgaben, die sie zu tragen haben), ist das keine zu große Einnahme. Soll die Lotterie bestehen bleiben, müssen ihren Organen auch die Mittel bleiben, die Loose planmäßig abzuführen. Das zweite Amendement kann auch von Seiten der Regierung nicht unterstützt werden. Ein Justitiarius ist der Verwaltung unbedingt nothwendig.

Abg. Hartmann vertheidigt sein Amendement und berechnet, daß auch nach den von ihm vorgeschlagenen Sätzen der Collecteur mindestens 1100 Thlr. Einkommen behält.

Abg. Schimel stellt das Amendement, die Regierung zu ersuchen, die Staatslotterie baldmöglichst ganz abzuschaffen.

Der Antrag des Abg. Hartmann wird dahin angenommen, daß die Gebühren der Einnehmer für die abgefesteten Loose von 1½ p. Et. auf 1 p. Et. und ihr Gewinnanteil von 3½ p. Et. auf 2 p. Et. herabgesetzt, und demgemäß auch die Positionen des Etats verändert werden sollen.

Der Ulfert'sche Antrag wird verworfen, ebenso der Schimel'sche; die Anträge der Commission werden genehmigt.

Schluss 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

### Locales 2c.

Posen, den 7. Januar. In der Voranschlagung, daß an den Wahlen für das Erfurter Parlament alle Kreise des Großherzogthums Theil haben werden, betreiben unsere beiden Polnischen Zeitungen diese Anlegeslegenheit auf das eifrigste. Beide sind für die Wahl, obgleich ihr große Bedenken entgegenstehen, insbesondere die mögliche Folgerung, daß „das Polnische Volk“ durch den Wahltag ein faktisches Anerkenntniß der Rechtmäßigkeit der Einverleibung in Deutschland fundgebe. (Gleiche Besorgniß: die Einverleibung der Provinz Posen in den Bundesstaat bedarf der Anerkennung Preußens und des Bundesstaates, aber nicht eines Polnischen Volkes, welches nicht existirt!) Der „Dziennik“ fürchtet nebenher noch, daß durch eine dem Polnischen Interesse nachtheilige Abgründung der Wahl-Bezirke die Behörde selbst entgegenwirken werde. Indessen hier hat die Agitation die Nachtheile auszugleichen, dort, in Erfurt, wird zur Verhütung jedes Zweifels die erste und einzige Kundgebung der Polnischen Abgeordneten ein Protest gegen die Einverleibung in Deutschland fundgebe. (Gleiche Besorgniß: die Einverleibung der Provinz Posen in den Bundesstaat bedarf der Anerkennung Preußens und des Bundesstaates, aber nicht eines Polnischen Volkes, welches nicht existirt!) Der „Dziennik“ fürchtet nebenher noch, daß durch eine dem Polnischen Interesse nachtheilige Abgründung der Wahl-Bezirke die Behörde selbst entgegenwirken werde. Indessen hier hat die Agitation die Nachtheile auszugleichen, dort, in Erfurt, wird zur Verhütung jedes Zweifels die erste und einzige Kundgebung der Polnischen Abgeordneten ein Protest gegen die Einverleibung in Deutschland fundgebe. Was das für staatsrechtliche Begriffe sind! Weiß man noch nicht, daß jeder Abgeordnete nur Stellvertreter des Ganzen ist, also zu sprechen berechtigt für den Bundesstaat und Namens desselben oder — gar nicht? — Wir erinnern daran, daß in der seligen National-Versammlung, als das Projekt der Demarkationslinie auftrat, die Polnische Fraktion, mit Herrn v. Lipski an der Spitze, die Aufnahme des ganzen Großherzogthums in den Deutschen Bund selbst zu beantragen bereit war, daß sie diese Absicht erst aufgab, als die Annahme des Phillipschen Amendements ihren Phantasien neuen Raum gab — und wir fragen jetzt: wo ist die Konsequenz?

### Theater.

Das Birch-Pfeiffersche Drama: Dorf und Stadt, welches gestern einmal wieder über unsere Bretter ging, ist seiner Zeit der Gegenstand eines bisher unbekannten Zwiespalts zwischen dem Urtheile der Kritik und der Stimme des Publikums gewesen. Wo es gegeben wurde, strömte das Publikum mit einem sieberhaften Enthusiasmus ins Theater und schien sich nicht satt sehen zu können an diesem Urquell einer neuen dramatischen Glanzperiode mit den herrlichen, unverständlichen Volksdialeten und den eingelreineten Gestalten, die eine dramatische Verwicklung nicht zulassen. Die Kritik dagegen geißelte das nach einem herzlichen Landschaftsbilde in unrichtigem Verhältniß und noch dazu in Weibermanier arrangierte Puppenspiel unmöglichlich, und sie hat Recht behalten: das Stück ist fast überall vom Repertoire verschwunden, das Publikum erkennt an, daß nur der Reiz des Pikanter und der Neuheit es gelockt. Der gestrigen Vorstellung desselben lag wahrscheinlich zum Grunde, daß Zel. Graff, welche uns demnächst verläßt, sich noch einmal in einer ihrer Glanzpartien zeigen wollte. In der That sagt die Rolle des „Lorle“ der Individualität der gedachten Künstlerin besonders zu; sie weßt, während sie für tragische Parthenen Kraft und mitunter auch Verständnis fehlt, in derlei naiv und sentimental-idyllischen Charakteren eine Wahrheit und einen Lieblos zu entfalten, die unwiderruflich fortreissen und die wir in dieser Ursprünglichkeit oft bei

den renommiertesten Künstlerinnen vermissen. Die beiden ersten Akte gelangen ihr vorzugsweise trefflich, in denen auch Hr. Heinrich (Reinhard) ihr unfehlbar zur Seite stand. In dem zweiten Theile war dieser unsers Erachtens zu steif, ein verdrießliches Gesicht sollte den ganzen Seelenkampf andeuten; schon etwas mehr Modulation in der Sprache hätte da viel thun können, zumal sonst ein richtiges Verständniß dieser nicht leichten Partie zu erkennen war. Das Publikum würdigte seine Leistung, indem es ihn wie Fr. Graff zum Schluß rief. Mit Hrn. Schunke (Lindenwirth) müssen wir uns zwar in der Aufführung seiner Rolle ganz einverstanden erklären, nicht aber mit der Durchführung. Es ist wahr, der Lindenwirth muß eine urkraftige, naturwüchsige Gestalt sein voll tiefer Gefühle, die aber nur selten zu Tagen kommen dürfen über die rauhe Außenseite, aber um dies anzudeuten, braucht es nicht eines fortwährenden Pöterns und Lärmens; Herr Schunke stieß jedes einzelne Wort mit einer ganz unnatürlichen Heftigkeit hervor, in Folge dessen eine Steigerung, so wie der nothwendige harmonische Übergang bei den tief gemütlichen Stellen erschwert und fast unnatürlich wurden; — solches Wesen wäre in der Wirklichkeit keine natürliche Kraft, sondern krankhaft Reizbarkeit. Wir bedauern diese Uebertreibung um so mehr, als etwas gemäßigter gehalten, Alles vortrefflich gewesen wäre. Die übrigen Parteien sind weniger bedeutend; sie wurden entsprechend repräsentirt. Herr Tieje als Fürst hätte etwas ruhiger sein können, namentlich bei'm Auftreten und Abgehen.

Verantw. Redakteur: G. C. H. Violet.

### Angekommene Fremde.

Vom 11. Januar.

**Bazar:** Gutsb. Welniewicz a. Dembiec; Artist N. Biernacki a. Leipzig.  
**Baut's Hôtel de Rome:** Die Kaufl. E. Breslauer a. Breslau u. Seiduk a. Neustadt Eberswalde; Wirthin Hrl. Kozlowska a. Bawno.  
**Hôtel de Bavière:** Rechtsam v. Szylki a. Samter; Gutsb. Graf v. Goślinowaska a. Kempa; Gutsb. v. Szezanicki a. Łazęczyn; Partuk. v. Borkowski a. Łazęczyn.  
**Weisser Adler:** Gutsb. Walz a. Witkowo; Wirthsch.-Inspekt. Golz a. Mitkowino.  
**Hôtel de Dresden:** Die Gutsb. Sokolnicki a. Wiellie u. v. Jaborowski a. Posen.  
**Hôtel de Berlin:** Wirthsch.-Inspekt. Schlarbaum a. Kl. Rybnik; Gutsb. Plewniewicz a. Radkovo; Gutsb. v. Sawicki a. Gr. Rybnik; Fräulein Liebeskind a. Kosten; Oberamt. Nobeling a. Kolno; Gutsb. Kolski a. Biechowo.  
**Hôtel de Paris:** Kfm. Tomerski a. Trzemeszno; Probst Popowowski a. Potulice; Gutsb. Chylasko a. Nakowki.

Im Eichborn: Die Kaufl. Gebr. Berliner a. Ostrowo; Weiß a. Skalmierzec u. Ehrlich a. Pleschen.  
Drei Lilien: Maurermeister W. Stenzel a. Xizaj.  
Drei Sterne: Bürger Jezlak a. Wiatrowo; Gutsb. Galewski a. Kuchary; Landrat a. Gutsb. v. Zawadzki a. Bednarek.

### Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 13. Januar e. werden predigen:  
**Ev. Kreuzkirche:** Vm.: Herr Pred. Friedrich. — Nachm.: Herr Ober-Prediger Hartwig.  
**Ev. Petrikirche:** Vm.: Herr Kandidat Wenig.  
**Garnisonkirche:** Vm.: Herr Div.-Pred. Bork.  
**Christkathol. Gem.** Vm. u. Nachm.: Herr Prediger Post.  
**Ev. Luther. Gem.** Vm. u. Nachm.: Herr Pred. Böhringer.  
In den Parochien der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 3. bis 10. Januar 1850:  
**Geboren:** 2 männl., 4 weibl. Geschlecht.  
**Gestorben:** 4 männl., 7 weibl. Geschl.  
**Getraut:** 7 Paar.

### Markt-Berichte.

Posen, den 11. Januar.

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 12 Sgr. bis 13 Sgr. Hen der Centner zu 110 Pfund 18 Sgr. bis 22 Sgr. Stroh das Schok zu 100 Pfund 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Fäß zu 8 Pf. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 10. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 26½—28 Rthlr. pr. Frühjahr 27½ Rthlr. Br. 27 verk. u. S. pr. Mai-Juni 27½ Rthlr. Br. 27½ S. Juni-Juli 28½ Rthlr. Br. Gerste, große loco 20—22 Rthlr., kleine 20—22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16—18 Rthlr. pr. Frühjahr 50 Pf. 16½ Rthlr. Br. 16 S. Erbsen, Kochwaare 34—40 Rthlr. Futterwaare 29—32 Rthlr. Rüböl loco 13½ Rthlr. Br. 13½ S. pr. Januar 13½ Rthlr. bez., Jan.-Febr. 13½ Rthlr. Br. 13½ bez. u. S. Febr.-März 13½ Rthlr. Br. 13½ S. März-April 13½ Rthlr. Br. 13½ S. April-Mai 13½ a 1½ Rthlr. bez. 13½ Br. 13 S. Leinöl loco 12½ Rthlr. Br. 12½ a 13 Rthlr. Br. 11½ S. Wohnöl 15½ Rthlr. Palmöl 12½ a 13 Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Süßsee-Chran 12½ Rthlr.

Spiritus loco ohne Fäß 14 Rthlr. verk., pr. Jan. 14½ Rthlr. Br. 14 S. pr. Frühjahr 15½ Rthlr. 15½ bez.

### Berliner Börse.

Den 10. Januar 1850.

	Zinsl.	Brief.	Gold.
Preussische freiwill. Anleihe . . . . .	5	107½	107
Staats-Schuldscheine . . . . .	3½	88½	88½
Seehandlungs-Prämien-Scheine . . . . .	—	—	102½
Kur.-u. Neumärkische Schuldversch. . . . .	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen . . . . .	5	105½	90
Westpreussische Pfandbriefe . . . . .	3½	—	100½
Grossh. Posener . . . . .	4	100½	100½
Ostpreussische . . . . .	3½	—	91
Pommersche . . . . .	3½	96½	—
Kur.-u. Neumärk. . . . .	3½	96½	95½
Schlesische . . . . .	3½	—	94½
v. Staat garant. L. B. . . . .	—	94½	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine . . . . .	—	13½	13½
Friedrichsd'or. . . . .	—	12½	12½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr. . . . .	—	—	—
Disconto . . . . .	—	—	—
<b>Eisenbahn-Aktionen</b> (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B. . . . .	4	—	89½
Prioritäts- . . . . .	4	96½	—
Berlin-Hamburger . . . . .	4	—	81
Prioritäts- . . . . .	4½	100	—
Berlin-Potsdam-Magdeb. . . . .	4	—	66
Prior. A. B. . . . .	4	95	—
Berlin-Stettiner . . . . .	5	102½	—
Cöln-Mindener . . . . .	4	105½	—
Prioritäts- . . . . .	3½	—	95½
Magdeburg-Halberstädter . . . . .	4	100½	100½
Niederschles.-Märkische . . . . .	3½	—	85
Prioritäts- . . . . .	4	—	96
III. Serie . . . . .	5	103½	—
Ober-Schlesische Litt. A. . . . .	3½	106½	—
B. . . . .	3½	104½	—
Rheinische . . . . .	4	78½	—
Stamm-Prioritäts- . . . . .	4	—	—
Prioritäts- . . . . .	4	—	—
v. Staat garantirt . . . . .	3½	—	—
Thüringer . . . . .	4	67	—
Stargard-Posener . . . . .	3½	—	85

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

### Stadt-Theater in Posen.

Sonntag den 13. Januar (neu einstudirt): Die falsche Prima-Donna, oder: Madame Catalani in Krähwinkel; Posse mit Gesang in 3 Akten von Bauerle.

**Besetzung.** Herr Niklas Staar, Bürgermeister und Oberältester in Krähwinkel; Hr. Karsten; Albertine, seine Braut; Fräulein v. Natzmer; der Vice-Waisenamts-Vorsteher, sein Bruder; Hr. Bursche; der Kunkelrüben-Commissions-Assektor Sperling, Dichter und Direktor des gelehrt. Klubs auf dem Kaffeehaus zu Krähwinkel; Hr. Puntner; Rummelpuff, Stadtkommandant über 8 Mann und Fahnenjunker; G. Vogt; der Zeitungsschreiber Pfissippi; Hr. Schunke; der Schulmeister Gansleber; Hr. Fischer; Hannchen, seine Tochter; Fr. Clausius; der erste Rathsherr in Krähwinkel; Hr. Reinitz; der Apotheker und 2. Rathsherr das: Hr. Emaldb; Klaus, Rathsbüdner u. geh. Rathshaus-Schlüsselbewahrer; Hr. Valentin; die Kaffeestederin zum hölzernen Lößel; Frau Karsten; Bärchen, ihre Tochter; Fr. Büttorff; Lustig, Schauspieler (erscheint als Catalani); \*\*\* Hr. Gädemann; Käthchen Gutsmuth, seine Schwester; Fr. Graff; Fritz und Franz Walther, zwei Fremde: die Hh. Hanisch und Marks; Aron, ein Jude: Hr. Bauer; Jean, Friseur v. Krähwinkel; Hr. Heinrich; der Nachtwächter: Hr. Fritz. — Mehrere Rathsherren und Vettern des Staarschen Hauses. — Musstanten, Stadtsoldaten, Kinder, Volk.

So eben ist erschienen und vorrätig bei Gebr. Scherk in Posen:

### Die Heilung

der

### Brust- und Lungenübel.

Praktische Abhandlung über die Lungenschwindsucht. Mit besonderer Berücksichtigung der Lieberschen Gesundheitsträuter von

Dr. L. Raudnitz, prakt. Arzt.  
3. Aufl. Broch. Br. 10 Sgr.

Vom Januar 1850 ab erscheint regelmäßig im Verlage des Unterzeichneten:

### Zeitung für die Gewerberäthe in den Preuss. Staaten,

redigirt von Dr. Ludw. Philippson, Schriftführer des Gewerberaths zu Magdeburg.

Der Abonnements-Preis für das ganze Jahr beträgt durch den Buchhandel jährlich 2 Thlr. vierteljährlich 15 Sgr.; durch die Postanstalten jährlich 2½ Thlr., für das Vierteljahr 17½ Sgr. (incl. Porto-Aufschlag). Probenummern und Prospective bei allen Buchhandlungen gratis.

Die „Zeitung für die Gewerberäthe“, von der wöchentlich ein halber oder ganzer Folio-Bogen erscheint, wird das regste Interesse nicht nur der Mitglieder aller Gewerberäthe, sondern auch der Gewerbetreibenden aller Zweige überhaupt, in Anspruch nehmen, zumal auch die

Angelegenheiten der Gewerbeberichte ausführlich darin besprochen werden.

Magdeburg, im December 1849.

### Emil Baensch. Buchhandlung.

#### Bekanntmachung.

Auf Grund der, durch das Amtsblatt No. 25. pro 1825 publicirten Ersatz-Instruktion vom 13. April 1825 werden sämtliche junge Leute, welche in dem Zeitraume vom 1. Januar 1826 bis ultimo December 1830 geboren sind, ingleichen diejenigen, welche dieses Alter überschritten, sich jedoch nicht regelmäßig vor die Ersatz-Kommission gestellt, daher über ihr Militairverhältniss noch keine bestimmte Entscheidung erhalten, im hiesigen Orte aber ihren Wohnsitz haben, oder sich hier als Gehilfen, Gesellen oder Lehrburschen, oder in einem sonstigen Verhältnisse befinden, hiermit aufgefordert, sich Bewußt ihrer Aufnahme in die Militair-Aushebungslisten, sofort und spätestens bis zum 25. Januar 1850 bei den betreffenden Revier-Kommissionen unter Vorlegung der Geburtscheine, so wie der Loosungsscheine oder sonstiger über ihre Militairverhältnisse sprechenden Papiere, persönlich zu melden.

Für diejenigen jungen Leute, die hier geboren sind, oder ihr Domizil hier haben, zur Zeit sich aber abwesend befinden, sind die Eltern oder Vormünder verpflichtet, die Anmeldung zu bewirken.

Alle diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht ohne allen Verzug genügen, oder hinsichtlich deren die Anmeldung ihrer Angehörigen unterbleibt, und die hiernächst die unterlassene Anmeldung nicht hinreichend zu entschuldigen vermögen, werden ohne Rücksicht auf Reklamationsgründe vorzugsweise zum Militairdienst herangezogen, und falls sie untauglich befunden, mit Arrest bestraft.

Hierbei wird zugleich die Bestimmung in Betreff der, bei den Kreis-Ersatz-Kommissionen unter Beifügung der erforderlichen Beweismittel anzubringenden Reklamationen (Amtsblatt pro 1832 No. 28. Seite 249., so wie Amtsblatt pro 1844 No. 20. Seite 167.) mit dem Bemerkung in Erinnerung gebracht, daß dergleichen Gesuche, wenn sie nicht vor Beginn oder während der Geschäfte der Kreis-Ersatz-Kommission, und zwar spätestens bis zum 5. Februar 1850 zur Prüfung vorgebracht werden, nach Ablauf dieses Termins gänzlich unberücksichtigt bleiben müssen.

Diese Aufforderung ergeht mit allen Folgen übrigens auch an die Individuen jüdischen Glaubens, welche 1826, 1827, 1828, 1829 und 1830 geboren sind.

Posen, den 10. Januar 1850.

#### Königl. Polizei-Direktorium.

#### Nothwendiger Verkauf.

Das im Wongrowiecer Kreise belegene adlige Gut Mikłosławice, im Jahr 1847 landschaftlich abgeschäfft auf 117,826 Rthlr. 22 Sgr. 10 Pf. zu folge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Taxe, soll

am 24. Juli 1850 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle resuhäftirt werden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger, Particulier Xavier v. Kotarski zu Posen wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Wongrowiec, den 11. December 1849.

#### Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bewohner des Großherzogthums können jederzeit dem unterzeichneten Verein mit der Versicherungs-Summe von 50 bis 300 Thalern beitreten. Dem schriftlichen Antrage ist ein Gesundheits-Altestest, so wie ein Taufschein oder glaubwürdiger Alters-Ausweis beizufügen. Statuten-Exemplare sind in der Scherkschen Buchhandlung, der Hauptwache gegenüber, à 1 Sgr. zu haben.

Posen, den 1. Januar 1850.

Directoriun des Sterbekassen-Renten-Vereins.

Ein Schulamts-Kandidat, welcher bereits mehrere Jahre als Hauslehrer mit günstigem Erfolge fungirt hat, musikalisch ist, und den ersten Unterricht im Lateinischen und Französischen zu ertheilen vermag, sucht vom 1. April 1850 ab ein anderweitiges Engagement. Gefällige Offeren werden unter der Adresse G. P. Klecko, poste restante erbeten.

### Kräuter-Pomade

(für deren Erfolg garantiert wird), welche von uns neu erfunden und vielseitig geprüft wurde. Dieselbe dient als Haarpflege bei Personen, deren Haare stark ausgehen, so daß binnen 3 Wochen das